

# Wahlprüfstein

## Eberhard-Schultz-Stiftung

### Thema 1: Soziale Menschenrechte

**Wie stehen Sie zur Europäischen Säule sozialer Rechte und ihrer Fortentwicklung? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie dazu in Angriff nehmen und mit den beteiligten NGOs zusammen umsetzen?**

Die Errichtung der Europäischen Säule sozialer Rechte war ein großer Erfolg und markiert eine Neuorientierung europäischer Politik. Mit der Erklärung auf dem Sozialgipfel in Porto hat die EU sich konkrete Ziele gesetzt, wie die Säule umgesetzt werden soll. In La Hulpe haben die Unterzeichner sich dieses Jahr nochmals der Umsetzung der Säule verpflichtet und sozialpolitischen Prioritäten für die nächste Legislatur formuliert. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft dafür kämpfen, diese Erklärung in konkrete Maßnahmen umzusetzen und damit das Soziale Europa für die Menschen zu stärken. Hierzu gehören die Digitalisierung der Sozialversicherungssysteme und deren Koordinierung, die Weiterentwicklung und Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde und die Reform des europäischen Vergaberechts, damit öffentliche Gelder nur noch in gute Arbeit und gute Löhne fließen.

### Thema 2: Soziale Menschenrechte

**Was wollen Sie konkret unternehmen, damit die völkerrechtlich verbindlichen Sozialen Menschenrechte nach dem UN-Sozialpakt von 1966 endlich in allen europäischen Ländern vor allem Deutschland tatsächlich umgesetzt werden? Wie soll darüber Bericht erstattet und die EMPL**

Wir setzen uns für ein starkes soziales Europa ein, das für alle Menschen da ist. Die Europäische Säule sozialer Rechte und die hieraus auf dem Sozialgipfel in Porto 2021 entwickelten Ziele bleiben für uns handlungsleitend für die nächste Legislaturperiode. Um diese umzusetzen, fordern wir eine vollumfängliche Umsetzung bereits bestehender rechtlicher Verpflichtungen wie durch die Mindestlohnrichtlinie und setzen uns für europäische Regeln ein, die die sozialen Rechte der Menschen gewährleisten, wie eine Richtlinie zu Mindesteinkommen, die die Armut in Europa wirksam bekämpft. Entscheidend für die soziale Teilhabe ist der Zugang zu guter Arbeit mit guter

Bezahlung. Diese zu fördern, ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit in der nächsten Legislaturperiode. Darüber hinaus fordern wir, die Säule Sozialer Rechte in die EU-Verträge zu integrieren.

### **Thema 3: Soziales Menschenrecht auf Wohnen**

#### **Was wollen Sie konkret unternehmen, damit das Soziale Menschenrecht auf angemessene Wohnung zu erschwinglichen Preisen für Alle endlich auch in Deutschland verwirklicht wird?**

Unser Ziel ist ein selbstverständlicher Zugang zu gutem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum für alle Bürger\*innen. Wir wollen lebenswerte Innenstädte schaffen, mit einem ausreichenden Angebot an bezahlbaren, langfristig vermieteten Wohnungen. Damit stellen wir uns der voranschreitenden Verknappung und dadurch stark steigenden Mieten entgegen. Deshalb haben wir in dieser den Parlamentsbericht über angemessenen und erschwinglichen Wohnraum für alle maßgeblich unterstützt und hier die Perspektive des Rechts auf Wohnen als grundlegendes Menschenrecht verankert. Die Zuständigkeit für den Bereich des Wohnens liegt zwar bei den Mitgliedsstaaten, jedoch kann auch die EU Rahmenbedingungen zur Förderung bezahlbaren Wohnraums schaffen. Hierzu gehört zum einen die Förderung bezahlbaren Wohnraums durch EU Mittel. Außerdem müssen auch Beihilferegeln und Übermachungsmechanismen im Europäischen Semester so angepasst werden, dass diese die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ermöglichen.

### **Thema 4: Gesundheitsversorgung**

#### **Wie kann das Soziale Menschenrecht auf optimale Gesundheitsversorgung für Alle in den reichen Ländern wie Deutschland konkret umgesetzt werden – also auch für Asylbewerber:innen und Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus?**

Die EU macht den Mitgliedsstaaten Vorgaben zur medizinischen Versorgung von Asylbewerber\*innen. So sollen diese einer vorläufigen Gesundheitskontrolle durch qualifiziertes medizinisches Personal unterzogen werden, um zu ermitteln, ob Bedarf an einer sofortigen Gesundheitsversorgung besteht. Es muss sichergestellt werden, dass ein Lebensstandard gewährt wird, der ihren Lebensunterhalt und den Schutz ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit gewährleistet und ihre Rechte gemäß der Charta achtet. Die notwendige medizinische Versorgung sollte von angemessener Qualität sein und zumindest die Notversorgung, und die unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten, einschließlich schwerer psychischer Störungen, sowie die zur Behandlung von schweren körperlichen Beschwerden erforderliche Gesundheitsversorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und auch medizinische Präventivbehandlungen wie Impfungen umfassen.

### **Thema 5: Soziale Menschenrechte**

**Wollen Sie die Erklärung der Menschenrechts-Kommission des Europarats vom 19.03.24 Ihrer Tätigkeit zugrunde legen, die von Deutschland wichtige Verbesserungen beim Schutz von Menschenrechten und dem Zugang zu den sozialen Rechten fordert, um so die wachsende soziale Spaltung aufzuhalten?**

Nach der Erklärung der Menschenrechts-Kommission des Europarats vom 19.03.24 sind auch in Deutschland noch Anstrengungen erforderlich, um gegen wachsende Ungleichheit und Armutsfolgen anzugehen. Wir teilen diese Ziele in Hinblick auf die gesamte Europäische Union und werden uns deshalb im Europaparlament für eine Bekämpfung der Armut im Sinne der Ziele des Sozialpfeils in Porto sowie der steigenden Ungleichheit in der EU einsetzen.

### **Thema 6: Antirassismus**

**Was unternehmen Sie, um den strukturellen und institutionellen Rassismus in den Behörden, insbesondere Bundeswehr, Polizei, Nachrichtendiensten und Ausländerbehörden, aber auch in Bildungseinrichtungen und der Justiz wirksam zu bekämpfen?**

Ein Europa des Respekts ist ein diskriminierungsfreies Europa, denn diskriminierungsfreie Gesellschaften sind glücklicher, gesünder, resilienter, wohlhabender, sicherer und vor allem gerechter. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für ein gutes und friedliches Zusammenleben. Deswegen unterstützen wir vielfältige Strategien der Union gegen Rassismus, etwa die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie, die Strafbarkeit von Hassverbrechen und Hasskriminalität und nationale Aktionspläne gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung.

### **Thema 7: Antirassismus/Meinungsfreiheit**

**Wie wollen Sie die Rechtsprechung des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, dass rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt sein können?**

Rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung sollten in der gesamten EU unter Strafe stehen. Deswegen unterstützen wir die unionsweite Strafbarkeit von Hassverbrechen und Hasskriminalität, inklusive der dafür notwendigen Anpassung der Verträge.

### **Thema 8: Krisen-/Kriegsbewältigung**

**Wie können in der gegenwärtigen Situation von Krisen und Kriegen (Ukraine und Naher Osten) Frieden und sofortiger Waffenstillstand durchgesetzt werden, ohne dass etwaige Kriegsverbrechen von einer Seite mit Kriegsverbrechen von der anderen Seite beantwortet werden?**

Aus der Entspannungspolitik unter Willy Brandt wissen wir, dass militärische Stärke wichtig sein kann, um ein Friedensprojekt zu schützen. Der Respekt des humanitären Völkerrechts ist jedoch in jedem Fall unerlässlich. Als Friedenspartei in Deutschland setzen wir zudem stets auch auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle.